

Die rechtliche Betreuung

Was ist rechtliche Betreuung?

Das alte Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht wurde zum 01. Januar 1992 durch das „Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige“ abgelöst. Es hat damit die umfassende Entmündigung Volljähriger beendet. Es stellt die persönliche Betreuung für Menschen in den Vordergrund, die aufgrund ihres Alters, einer psychischen Krankheit oder einer Behinderung ihre Angelegenheiten nicht selbst regeln können. Die Einrichtung einer Betreuung bedeutet nicht, dass die Betroffenen geschäftsunfähig sind. Sie können neben dem/der Betreuer_in selbstständig handeln, soweit sie dazu in der Lage sind. Deshalb werden dem/der Betreuer_in ausschließlich die Aufgaben übertragen, bei denen Hilfe erforderlich ist. Damit soll gesichert werden, dass die Betroffenen den notwendigen Schutz und die erforderliche Fürsorge erhalten und gleichzeitig eine möglichst weitgehende Selbständigkeit erhalten bleibt.

Die Betreuten haben jederzeit das Recht, bei der Betreuungsabteilung des zuständigen Amtsgerichtes Beschwerde gegen dessen Beschlüsse einzulegen oder Anträge im Rahmen der Betreuung zu stellen, z.B. auf Aufhebung der Betreuung oder Betreuerwechsel.

Das Handeln des/der Betreuers/in soll dazu beitragen, die Krankheit oder Behinderung der Betreuten zu beseitigen, zu bessern, eine Verschlimmerung zu vermeiden oder ihre Folgen zu mildern. Er/Sie hat sich an den Wünschen und Bedürfnissen der betreuten Person zu orientieren, soweit diese nicht dem Wohl des/der Betreuten zuwiderlaufen und sie dem/der Betreuer_in zuzumuten sind.

Der/die Betreuerin unterliegt in der Ausübung seines/ihres Amtes der Kontrolle durch das Amtsgericht. Er/Sie ist verpflichtet, regelmäßig Bericht zu erstatten und Rechnung zu legen. Bestimmte Entscheidungen des/der Betreuers/in müssen vom Amtsgericht genehmigt werden, z.B. die Kündigung des Mietvertrags und die Wohnungsauflösung, die Unterbringung des/der Betreuten in einer geschlossenen Einrichtung oder die Einwilligung in eine notwendige riskante medizinische Behandlung.

Wie kommt eine gesetzliche Betreuung zustande?

Wer eine Betreuung nach dem Betreuungsgesetz benötigt, kann diese entweder selbst formlos bei der Betreuungsabteilung des zuständigen Amtsgerichtes beantragen, oder eine andere Person, die die Notwendigkeit erkennen, regt diese dort an. Das Gericht prüft dann mit Hilfe eines/r Sachverständigen (Facharzt/ärztin für Psychiatrie), ob und in welchem Umfang die Betreuung notwendig ist. Wird im Gutachten eine psychische Erkrankung oder eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung festgestellt und kann der/ die Betroffene deswegen seine/ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, ist eine Betreuung erforderlich. Dem/Der Betroffenen wird das Gutachten zur Kenntnis gegeben. Der/die Richter_in führt dann eine Anhörung des zu Betreuenden in dessen gewohnter Umgebung durch, z.B. in seiner Wohnung. Dabei macht sich der/die Richter_in selbst ein Bild von dem/der Betroffenen, informiert ihn/sie über den Sinn und den Inhalt der Betreuung und fragt ihn/sie, wen er als Betreuer/in wünscht.

Der Umfang der Betreuung wird entsprechend dem Hilfebedarf des zu Betreuenden festgelegt. Aufgaben des Betreuers können sein:

- Vermögenssorge
- Wohnungsangelegenheiten
- Gesundheitsfürsorge
- Aufenthaltsbestimmung
- Vertretung vor Behörden (und Gerichten)
- Entgegennahme und Öffnen der Post.

Ebenso wird festgelegt, wann eine erneute Prüfung der Erforderlichkeit der Betreuung erfolgen muss. Das hängt von den genauen Umständen des betreuten Menschen ab, z.B. von der Art seiner Erkrankung oder Behinderung und den zu lösenden Problemen. Die längste Frist für eine Betreuung beträgt 7 Jahre; sie kann aber auch für eine wesentlich kürzere Zeit eingerichtet werden.

Der richterliche Beschluss über die Betreuung, der dem zu Betreuenden und dem/der Betreuer_in zugestellt wird, enthält neben den Angaben zur betroffenen Person und des Betreuers / der Betreuerin die Gründe für die Einrichtung der Betreuung, den Aufgabenkreis und die Frist bis zur nächsten Überprüfung. Außerdem enthält er eine Rechtsbehelfsbelehrung zur Möglichkeit der Einlegung einer Beschwerde gegen den Beschluss.

Die Betreuung darf nicht länger als erforderlich dauern. Entfallen während der festgelegten Frist die Voraussetzungen für die Betreuung - bessert sich z.B. der Gesundheitszustand der betreuten Person - ist dies dem Gericht mitzuteilen, das dann die Aufhebung der Betreuung prüft.

Auswahl des Betreuers

Der/die Betreuer_in wird vom Amtsgericht bestellt. Dabei werden die Wünsche des Betroffenen berücksichtigt. Macht der Betroffene selbst keinen Vorschlag, ist bei der Auswahl des Betreuers / der Betreuerin auf verwandtschaftliche und sonstige persönliche Beziehungen Rücksicht zu nehmen. Die Betreuer üben ihr Amt ehrenamtlich, also unentgeltlich, aus.

Gibt es keine Verwandten oder Bekannten, die als Betreuer in Frage kommen, oder ist eine Betreuung aufgrund der Kompliziertheit der zu erledigenden Aufgaben besonders schwierig, kann auch ein Berufsbetreuer dieses Amt übernehmen.

Der Betreute hat die Möglichkeit, beim Amtsgericht einen Antrag auf Betreuerwechsel zu stellen, wenn er mit seinem/r Betreuer_in nicht (mehr) einverstanden oder mit dessen Arbeit nicht zufrieden ist.

Auch der/die Betreuer_in kann einen Betreuerwechsel beantragen, wenn er/sie sich nicht mehr in der Lage sieht, das Amt auszuführen oder ihm dieses nicht mehr zuzumuten ist.

Hilfen für ehrenamtliche Betreuer

Die Betreuung eines Menschen ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Betreuer_innen, die diese ehrenamtlich führen, haben Anspruch auf Unterstützung, Beratung, Fortbildung und Erfahrungsaustausch. Diese werden durch den im Stadtbezirk tätigen Betreuungsverein unentgeltlich angeboten.

Für ihre Aufwendungen erhalten ehrenamtliche Betreuer_innen auf Antrag an das Amtsgericht jährlich eine Aufwandspauschale von derzeit 400,- €. Höhere Aufwendungen werden ersetzt, wenn sie nachgewiesen werden.

Außerdem sind ehrenamtliche Betreuer_innen über das Land Berlin haftpflichtversichert für eventuelle Schäden, die dem Betreuten durch Fehler in der Betreuungsführung entstehen. Informationen zur Haftpflichtversicherung erhalten ehrenamtliche Betreuer_innen bei den Gerichten, Betreuungsbehörden und Betreuungsvereinen.

Wer Interesse daran hat ehrenamtlicher Betreuer zu werden, kann sich beim Betreuungsverein in einem persönlichen Gespräch dazu informieren und beraten lassen.

Betreuungsverfügung

In einer Betreuungsverfügung kann frühzeitig festgelegt werden, von welcher Person man, wenn es notwendig werden sollte, betreut werden möchte. Hier können auch Wünsche festgeschrieben werden, die die Durchführung der Betreuung betreffen, z.B. ob man im Falle der Pflegebedürftigkeit zu Hause oder in einem Pflegewohnheim leben will. Die Betreuungsverfügung sollte schriftlich abgefasst und einer Person des Vertrauens übergeben werden. Über nähere Einzelheiten berät Sie hierbei der Betreuungsverein oder die Betreuungsstelle Ihres Bezirks (s.u.).

Wichtige Ansprechpartner für Betreuungsangelegenheiten im Bezirk Neukölln sind:

Amtsgericht Neukölln, Abt. Betreuungsgericht

Karl-Marx-Straße 77-79, 12043 Berlin

Weitervermittlung in die zuständige Abteilung unter Tel. 90191-0

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Amt für Soziales

Amtsbetreuung

Karl-Marx-Str. 83, 12043 Berlin



Tel.: 90239-3873, -3874

Betreuungsverein Neukölln e.V.

Karl-Marx-Straße 27, 12043 Berlin

Tel.: 6 83 57 71, Fax: 62 72 65 61

E-Mail: www.btv-neukoelln.de

	<p>Seniorenberatung Neukölln - i.A. des Bezirksamtes Neukölln Rollbergstraße 30, 12053 Berlin Telefon: 030 – 68 97 70 10 E-Mail: seniorenberatung@hvd-bb.de Internet: seniorenberatung-neukoelln.de</p>	
---	--	---